

Ein neues Selbstverständnis der Sicherheitskräfte
verbindet militärische und zivile Werte

Krieger und Diplomaten

Wilfried von Bredow/Gerhard Kümmel

Streitkräfte lassen sich zunächst einmal ganz allgemein als eine der Hilfsagenturen des politischen Systems einer Gesellschaft bestimmen sowie als eine Organisation, die in der Lage ist, politische Zwecke auf spezifische Weise, nämlich unter Beimischung organisierter Gewalt, zu erfüllen. Derzeit, kann man sagen, befinden sich die Streitkräfte der meisten (post-)modernen Staaten in einer dramatischen Umbruchphase, denn ihr Hauptzweck, ihre spezifischen Aufträge und entsprechend ihre Bewaffnung und Ausrüstung, damit zusammenhängend aber auch das professionelle Selbstverständnis, müssen auf Grund geänderter Rahmenbedingungen neu justiert werden. Das trifft auch und gerade für die Bundeswehr zu – sie ist derzeit eine Organisation unter beträchtlichem Stress.

Die Wandlungsprozesse, denen sich die Streitkräfte ausgesetzt sehen, sind mit Chancen verbunden, aber auch mit beachtlichen Risiken und Gefährdungen. Generell liegen die primären Quellen für einen Wandel im Bereich des Militärischen in zwei Bereichen, einmal in den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen der jeweiligen Gesellschaften und zum anderen in dem internationalen System.

Der entscheidende Punkt dieses Wandels in der jüngeren Vergangenheit lässt sich ver-

kürzt beschreiben als Ausweitung des Aufgabenkatalogs der Streitkräfte. Carl von Clausewitz zufolge fungieren Streitkräfte als Instrument des modernen Staates im Namen der Sicherheit dieses Staates, wobei sich dies hauptsächlich, aber nicht ausschließlich auf seine äußere Sicherheit gegen Bedrohungen und Gefährdungen durch andere Staaten bezieht.

Diese defensive Rolle (Abschreckung, Selbstverteidigung) wird ergänzt durch eine andere, die während des zwanzigsten Jahrhunderts allerdings nach und nach ihre Legitimität verloren hat. Sie ist offensiv und bezieht sich auf die Fähigkeit zum Angriff auf einen anderen Staat, um nationale Interessen durchzusetzen. Nach dem Ende des zwanzigsten Jahrhunderts scheinen diese beiden Funktionen in einigen Teilen dieser Erde, zu denen auch (das westliche) Europa gehört, an politischer Bedeutung verloren zu haben. Die Forderung nach Abrüstung ist populär, und der intellektuelle Diskurs in einer Vielzahl europäischer Staaten tendiert dazu, das Militär als zentrale Einrichtung eines Staates zu verwerfen. Zwar erfreuen sich die Streitkräfte in der öffentlichen Meinung der westlichen Länder derzeit einer großen Popularität. Das schließt aber nicht aus, dass unter dem Vorzeichen knapper gewordener öffentlicher Mittel der

Druck auf die Militärbudgets angewachsen ist. Die Zahl der bewaffneten Konflikte und Kriege in der Welt und auch in Europa (Balkan) ist jedoch eine ernst zu nehmende Mahnung, diesem Druck nicht allzu bereitwillig nachzugeben.

Diese Konflikte und Kriege besitzen ein Spill-over-Potenzial, das auch die Wohlstands- und Friedensinseln dieser Erde zu erfassen droht. Die dunkle Seite der Globalisierung besteht darin, dass effektive Schutzwälle zwischen den konfliktreichen Regionen und dem Rest der Welt nicht zu errichten sind. Um unerwünschte Folgewirkungen zu verhindern und lokale Gewaltausbrüche einzudämmen und einzuhegen, werden in den Planungsstäben Konzeptionen für humanitäre Interventionen, Friedenschaffende und Frieden bewahrende Missionen ausgearbeitet und vorbereitet, die meist zivile und militärische Elemente enthalten.

Im Hinblick auf die lange Geschichte des Krieges und der Kriegsführung sind diese Rollenzuschreibungen der Streitkräfte keineswegs etwas völlig Neues. Sie sind indes in mancherlei Hinsicht verschieden von den militärischen Rollen, an die wir gewöhnlich denken, wenn wir uns – zumal in unserem nordatlantischen Erfahrungshorizont – mit modernen Streitkräften beschäftigen. Aus diesem Grund schlagen wir zur Kennzeichnung der Funktionen, die mit humanitären Einsätzen verbunden sind, den Begriff nicht-traditionale Rollen vor. Unsere zentrale Annahme ist, dass sich die Streitkräfte im Zuge der Globalisierung in einem Spannungsverhältnis zwischen traditionalen Rollen einerseits und nicht-traditionalen andererseits befinden. In diesem Spannungsverhältnis definiert sich das Funktionen-Set der Streitkräfte für das beginnende 21. Jahrhundert, das durch eine Diversifizie-

rung von militärischen Missionen gekennzeichnet sein wird.

Integration und Fragmentierung

Die Globalisierung führt dazu, dass sich die Welt planetarisiert und zunehmend die Gestalt einer Weltgesellschaft annimmt. Dies wiederum verführt zu der Annahme, dass dies gleichbedeutend mit einem Prozess der Zivilisierung nach westlichem Muster sei. In der Tat kommt es zwar infolge der Globalisierung zur Ausbildung von komplexen Beziehungsgeflechten, die auf wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Ebene zu einer Angleichung von Lebensstilen und damit zu einer gewissen Einebnung von Unterschieden führen. Dieser Annäherungs- und Angleichungsprozess ist indes nicht vollständig, sondern in sich gebrochen. Dies führt dazu, dass die Weltgesellschaft durch Prozesse der Integration und der Fragmentierung bestimmt ist.

Die nach-bipolare Welt der Gegenwart zeichnet sich im Vergleich zur Vergangenheit in höherem Maße durch Turbulenzen und Unübersichtlichkeit aus. Gleichzeitig ist eine gemeinschaftliche Führung der weltpolitisch dominanten Mächte nicht absehbar. Im 21. Jahrhundert drohen offensichtlich die Grundpfeiler des internationalen Systems insgesamt einzuknicken. Der Hauptgrund für diese Entwicklung sind die zunehmenden Schwierigkeiten von vielen Staaten, ihre jeweiligen Gesellschaften effektiv zu organisieren, der zentrale Bezugsplatz für die Loyalität der Bürger und Bürgerinnen zu bleiben und hinreichenden Schutz gegen Risiken und Gefährdungen jenseits der nationalen Grenzen zu gewähren. Nationale Wirtschaften vernetzen sich immer stärker, sodass die Regierungen immer weniger in der Lage sind, eine nationale

Wirtschaftspolitik zu betreiben. Auch ökologische Probleme lassen sich nur noch auf makroregionaler oder globaler Ebene bearbeiten.

Um Handlungsspielräume zurückzugewinnen, die national immer mehr verloren gegangen sind, greifen Regierungen mitunter zur Strategie der Kooperation mit anderen Staaten und der Integration in Verbünden von Staaten, von denen die EU der am weitesten fortgeschrittene ist. Diese Staatenverbünde können dem Frieden förderlich sein. In einigen Großregionen, so etwa im nördlichen Amerika seit dem neunzehnten Jahrhundert und in Westeuropa seit 1945, stellt ein zwischenstaatlicher Krieg keine echte und realitätsgerechte politische Option für politische Entscheidungsträger mehr dar. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Konflikte mehr gäbe und dass sich der Frieden quasi automatisch einstellte. Gleichzeitig werden die (post-)modernen Gesellschaften infolge zunehmender wechselseitiger Abhängigkeiten verletzlicher und anfälliger gegenüber Störungen dieses Beziehungsgeflechts. Hierin liegen Anreizstrukturen, die sich etwa Außenseiterstaaten oder (die etwas dramatisiert so genannten) Schurkenstaaten zu Nutze zu machen wissen. Die Ära des großflächigen zwischenstaatlichen Krieges scheint zwar beendet, dennoch werden organisierte Gewalt und Krieg die Menschheit in einigen Gebieten auf dieser Erde in das nächste Jahrtausend begleiten.

Selbst in Europa ist – siehe Balkan – mit Grenzkonflikten und interethnischen Auseinandersetzungen zu rechnen. In einigen Ausschnitten des internationalen Systems sind interne militärische Auseinandersetzungen ebenso wie Militärputsche und Militärdiktaturen sogar ziemlich normal. Der Typus des Krieges im 21. Jahrhundert wird

ein anderer sein als der des traditionellen zwischenstaatlichen Krieges.

Bei vielen der angesprochenen Auseinandersetzungen handelt es sich um innerstaatliche Konflikte zwischen schwachen Regierungen und starken Regierungsgegnern. Die Gewalt, die sich in diesen Konflikten entlädt, wird gespeist durch die archaische Energie kollektiven Hasses. Ethnische Säuberung am Rande des Völkermordes scheint häufig am Ende dieser Gewalt zu stehen. Die Kampfweise in solchen kleinen Kriegen ist semi-professionell, schmutzig und durch die gezielte Terrorisierung von Nicht-Kombattanten (Zivilisten) gekennzeichnet. In einem solchen Umfeld verlieren die überlieferten Regeln der Kriegsführung ihre Wirkung. Die meisten dieser Konflikte werden lokal begrenzt sein, doch wird es gar nicht selten Fälle geben, bei denen es nicht möglich sein wird, ihre Wirkungen auf das lokale Umfeld zu beschränken. Die Beeinträchtigung des lokalen oder regionalen Friedens kann bisweilen vergleichsweise leicht zu einer Gefährdung der internationalen Sicherheit und der Weltordnung insgesamt werden. Der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen kann beispielsweise in die urbanen Zentren der westlichen Welt exportiert werden. Diese kleinen Kriege können zudem Migrationsbewegungen auslösen. Sich den Folgen dieser Prozesse zu entziehen wird zusehends schwieriger. Aus diesem Grund ist es nahe liegend, dass Akteure, die ein fundamentales Interesse an der Bewahrung der internationalen Ordnung haben, über militärische Interventionen im Namen dieser Weltordnung nachdenken. Die UNO sollte zweifellos die geeignete internationale Institution hierfür sein.

Dieses Phänomen der humanitären Intervention ist Beleg für bedeutsame Verände-

rungen in dem internationalen Normenkatalog, und es artikuliert sich darin eine größere Sorge der internationalen Gemeinschaft um die Verhältnisse innerhalb von Staaten. Neben den im eigentlichen Sinne politischen Gründen für Interventionen gibt es also auch moralische Gründe, die zum Nachdenken über Interventionen Anlass geben. Die mobilisierende Kraft der Berichterstattung in den internationalen Medien bewirkt durch die global nahezu simultane und synchrone Berichterstattung über gravierende Verletzungen der Menschenrechte in kleinen, schmutzigen Kriegen ein affektives Stimmungsbild in der öffentlichen Meinung. Dieses Stimmungsbild kommt vergleichsweise schnell an den Punkt, an dem sich ein Konsens herausbildet, humanitäre Hilfe zu leisten und die Verbrecher und Massenmörder zu bestrafen – notfalls eben auch mit militärischen Mitteln. Gleichzeitig ist dieses Stimmungsbild jedoch wenig konsistent, vielmehr sehr fragil, oberflächlich und anfällig für emotionale Schwankungen. Wenn im konkreten Verlauf des Konfliktes die politischen und die moralischen Begründungsmuster auseinander fallen, dann sind Enttäuschung und Klagen über doppelbödige Moral und selektiven Humanismus die Folge.

Wandel in der Gesellschaft

Einen Wandlungsdruck auf die Streitkräfte üben ferner die binnengesellschaftlichen Veränderungen aus, die den sozialen Kontext, in den die Streitkräfte eingebettet sind, verschoben haben. Mit der politischen Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts war der Bürger-Soldat als neuer Typus des Soldaten entstanden. In den am weitesten fortgeschrittenen Gesell-

schaften kann derzeit jedoch über weite Strecken ein Prozess der relativen Demilitarisierung beobachtet werden, also ein Prozess, in dessen Verlauf sich Gewicht und Rolle von Streitkräften in der Politik materiell, institutionell und konzeptionell verringern. Dieser Prozess verläuft insgesamt stockend und mit Rückschlägen, doch gleichzeitig auch dynamisch. Ihm liegen sozialstrukturelle und soziokulturelle Veränderungen der Gesellschaften zu Grunde. Erhöhung des Lebensstandards, wachsende Mobilität und Urbanisierung, steigender durchschnittlicher Bildungsgrad, Differenzierung und Spezialisierung der Arbeitswelt, umfassende Technologisierung und eine stärkere Orientierung an weltgesellschaftlichen Bezugspunkten wären etwa zu nennen. Damit einher gehen soziokulturelle Individualisierungsprozesse und ein Wertewandel, in deren Folge gemeinschaftsorientierte Lebensstile und dem Individuum mit hoher Verbindlichkeit vorgegebene Sinn- und Wertvorstellungen gegenüber Motiven der Selbstverwirklichung zurücktreten. Die Kluft zwischen militärischer und ziviler Wertekultur wird breiter. Erkennen lässt sich das unter anderem an der festen Etablierung einer sicherheitspolitisch kritischen Öffentlichkeit als Machtfaktor, der affektiven Entsymbolisierung der Wehrpflicht und der Institutionalisierung von legitimen und respektierten Alternativen zum Wehrdienst. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass gerade nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine breite Strömung der öffentlichen Meinung eine Friedensdividende erwartet hat. In Verbindung mit den knapper werdenden Kassen fügt sich dies zu der populären Forderung nach Abrüstung und nach Reduzierung der Streitkräfte, wobei allerdings gleichzeitig auf Grund einer wachsenden weltgesellschaftlichen

Orientierung die Vorbehalte gegen humanitäre Interventionen geringer werden.

Erweitertes Rollen-Set

Aus den bisherigen Ausführungen leiten wir die Annahme einer Verknüpfung von traditionalen und nicht-traditionalen Komponenten im künftigen Rollen-Set der Streitkräfte ab, einem Rollen-Set, das durch eine Mischung von zivilen und militärischen Elementen gekennzeichnet ist. Die Soldaten sind Vermittler zwischen Konfliktparteien, sie werden zum Partner der Zivilbevölkerung, und sie kooperieren mit Non Government Organisations (NGOs). Die Streitkräfte einer Vielzahl von Ländern sind bereits in diesen Prozess tief greifenden strukturellen Wandels eingetreten. Zumindest in Ansätzen sind sie auf das breite Spektrum militärischer Missionen jenseits traditioneller Operationen der Abschreckung und der Verteidigung vorbereitet. Die amerikanischen Streitkräfte beispielsweise waren zwei Jahre nach Beendigung des Golf-Krieges 1991 in mehr als zwanzig verschiedene Operationen verwickelt, von denen nur wenige dem traditionalen Rollen-Set entsprachen.

Im deutschsprachigen Raum war der Schweizer Militärschriftsteller Gustav Däniker einer der Ersten, der in seinem Buch *Wende Golfkrieg* aus dem Jahre 1992 das Bild des Soldaten im 21. Jahrhundert neu zu zeichnen versucht hat. Seine Thesen lauten: „Streitkräfte müssen Präventions-, Interventions- und Ordnungsfunktionen erfüllen können; Abschreckungs- und Kampfaufgaben rücken an die zweite Stelle.“ „Militärischer Sieg wird immer mehr zum taktischen Ziel; strategisch geht es um die Schaffung günstiger Voraussetzungen für neue, umfassendere und dauerhaftere Friedens-

regelungen, die den ehemaligen Gegner einbeziehen.“ „Der Endzweck der Militärdoktrin der Zukunft heißt weder Vernichtung noch Abnützung; er heißt allenfalls Bestrafung, Zersetzung derfeindlichen Kampfmoral, Neutralisierung und Entwaffnung, letztlich aber Aussöhnung.“ „Jeder Kampfplan muss (somit) verhältnismäßig sein, das heißt unter anderem auch eine Minimierung nicht nur der eigenen, sondern auch der gegnerischen Verluste anstreben.“ „Militärisches Denken und Handeln nach rein militärischen Kategorien darf es künftig nicht mehr geben. Selbst in Einzelheiten muss es dem Hauptziel einer umfassenden und dauernden (nationalen und internationalen) Existenzsicherung gerecht werden.“ „Flexibilität und Multifunktionalität sind (demzufolge) ebenso wichtig wie Feuerkraft und Gefechtsfeldbeweglichkeit.“ „Die Mission des Soldaten des 21. Jahrhunderts heißt: Schützen, Helfen, Retten! Sein Leitbild ist sein immer gezielterer und wirksamerer Beitrag für die Friedenswahrung oder Friedenswiederherstellung sowie für die Sicherung eines lebenswerten Daseins der Völker.“

In einem wichtigen Strang der militärischen Entwicklung vollzieht sich demnach eine Abkehr vom Denken in den Kategorien von Sieg und Niederlage; stattdessen soll der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gelten, ein Grundsatz, der schon seit langem für die Polizeiarbeit gilt. Nimmt man die soeben skizzierten Entwicklungen zusammen, dann könnten die Schlagwörter demnach auch lauten: der Soldat als bewaffneter Sozialarbeiter, der Soldatenberuf als Zivildienst oder die Streitkräfte als Gendarmerie und der Soldat als Konstabler (Morris Janowitz). Über die sich daraus ableitenden bedeutsamen Modifikationen in der Legitimationsgrundlage des Militärs wie auch im

Selbstverständnis des Soldaten (Berufsidentität, Verständnis von Disziplin, Sinnhaftigkeit des jeweiligen Einsatzes) hinaus ist nachdrücklich zu betonen, dass dieses nicht-traditionale Element in dem Funktionskatalog von Streitkräften keineswegs ihre traditionalen Aufgaben der Abschreckung und der Verteidigung ersetzt, sondern sich lediglich komplementär zu diesen verhält. Als Experten in Sachen Gewaltanwendung, welche die Soldaten werden bleiben müssen, werden sie zugleich politisch gebildet sein und über kulturelle Empathie und diplomatische Fähigkeiten verfügen müssen.

Normatives Interesse

Die Aufgaben neuer Art stellen beträchtliche Herausforderungen nicht nur für das Selbstverständnis, sondern auch für die Organisation der Streitkräfte der meisten europäischen Staaten dar, weil sich die Streitkräfte während des Ost-West-Konfliktes auf Abschreckung und Verteidigung konzentrierten. Diese Herausforderungen finden ihren Niederschlag auch im Bereich der Ausbildung der Soldaten, wo die Gewichte zwischen professionellen Fähigkeiten und politischer Bildung neu austariert werden müssen. Organisatorische Herausforderungen ergeben sich darüber hinaus auch in Bezug auf die Durchführung dieser Missionen, finden sie doch in aller Regel in einem multilateralen Rahmen statt. Militärischer Multilateralismus ist kein völlig neuartiges Phänomen. Viele Kriege der Vergangenheit waren Kriege zwischen Koalitionen von Staaten. Internationale Sicherheitsorganisationen wie die NATO und die WEU sind nur die am weitesten fortgeschrittenen Beispiele dieser Tradition. Gemeinsame militärische Operationen unter dem Mandat

des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder einer ihrer Regionalorganisationen müssen aber von diesen traditionellen Koalitionen und Allianzen unterschieden werden. Frieden bewahrende und Frieden schaffende humanitäre Interventionen und die Beaufsichtigung der friedlichen Transformation zerfallender, kollabierender Staaten und Gesellschaften sind multilaterale militärische Operationen, in denen das nationale Interesse der Soldaten bereitstellenden Staaten sekundär ist. In erster Linie werden die Streitkräfte tätig im Interesse der Opfer gewalttätiger lokaler Konflikte. Sie werden auch motiviert durch ein starkes, wenngleich nicht sehr festes und geduldiges normatives Interesse der intervenierenden Staaten. Ihre Führungen und in den meisten Fällen noch mehr die Öffentlichkeit in diesen Staaten möchten nicht Zuschauer humanitärer Katastrophen sein. Die Legitimation dieser Operationen ruht erstens auf einer hinreichend konsistenten Weltmeinung, die fordert, dass etwas geschehen müsse, und zweitens auf dem erfolgreichen Bemühen, eine Staatenkoalition zu bilden, deren Regierungen der Beteiligung ihrer Streitkräfte an der Operation zustimmen.

In der Regel sind diese Friedensoperationen und diese nicht-traditionalen Aufgaben der Streitkräfte bisher nicht sehr erfolgreich gewesen. Die allgemeine Erwartung sofortiger positiver Ergebnisse ist zumeist enttäuscht worden. Oft genug waren die intervenierenden Streitkräfte nicht in der Lage, den Frieden wiederherzustellen, und sie schufen zusätzliche, neue Probleme. Einige dieser Probleme zogen politische Skandale in ihren Heimatländern nach sich, wie zum Beispiel im Falle der kanadischen Airborne Battle Group in Somalia 1993 oder des holländischen UNPROFOR-Kontingents in Bos-

nien 1995. Trotz dieser nicht allzu viel versprechenden Bilanz werden Friedensoperationen mit militärischer Komponente jedoch immer wieder gefordert und durchgeführt werden.

Große Schwierigkeiten bei der Entscheidung zur Entsendung von Streitkräften in eine Konfliktregion bestehen darin, ein möglichst klar definiertes Mandat zu formulieren, die Zuständigkeiten eindeutig zu regeln, einfache Befehlsstrukturen aufzubauen, die einzelnen nationalen Truppenkontingente und ihre Ausrüstung aufeinander abzustimmen, die Akzeptanz des militärischen Engagements bei den Akteuren in der Konfliktregion herbeizuführen, die Kommunikation mit den politischen Managern der Operation, den transnationalen Medien und den vor Ort tätigen NGOs zu institutionalisieren. Wie am Beispiel der IFOR-Mission, der ersten Operation der NATO out of area, zu erkennen ist, bestehen enorme Probleme in der Herstellung dessen, was in der militärischen Fachsprache Kommunikations-Interoperabilität genannt wird. Das bedeutet, eine Vielzahl von Kommunikationssystemen zu einem kohärenten und effektiven Kommunikations- und Informationsnetzwerk zusammenzufügen. Noch größere Probleme ergeben sich schließlich in Bezug auf die Herstellung von kultureller Interoperabilität (Bernard Bone), das heißt die möglichst reibungslose Kooperation von nationalen Kontingenten mit verschiedenen Mentalitäten und kulturellen Hintergründen.

Wie wir zu zeigen versuchten, können die traditionalen und die nicht-traditionalen Rollen der Streitkräfte kaum voneinander getrennt werden, wenn wir an die neuen Operationen und Aufgaben denken. Soldaten werden wissen müssen, wie man

kämpft, wie man lokale Sicherheit gewährleistet, wie man lokale Gegner behandelt. Sie bleiben Kämpfer und Krieger, aber sie werden lernen müssen, Diplomaten zu werden, zumindest auf lokaler Ebene. Ihr umfassender Professionalismus in solchen Missionen gründet nicht primär auf Patriotismus und nationaler Verpflichtung – obwohl diese Motive weiterhin gültig bleiben. Er ruht auf einer Art humanitären Kosmopolitismus, der nationalen Interessen nicht widerspricht, sondern sie übersteigt. Globalisierung und die zum Teil fiktive, zum Teil wirkliche Herausbildung von globaler Kommunikation und Interdependenzen erfordern ein neues Selbstverständnis des Militärberufs – oder zumindest seine substantielle Ausweitung.

Selbstverteidigung und Abschreckung einerseits und Angriff andererseits bilden gemeinsam das traditionelle Rollenverständnis der Streitkräfte. Die neuen Funktionen, das heißt die nicht-traditionalen Rollen, die insgesamt auf eine engere Verquickung militärischer mit polizeilichen und zivilen Verwaltungsfunktionen hinauslaufen, müssen nicht im Sinne einer Ersetzung, sondern im Sinne einer Ergänzung und Ausweitung des bisherigen Rollen-Sets verstanden werden. Dies zieht drei Folgerungen nach sich: *Erstens:* Die Streitkräfte werden kleiner, flexibler und professionalisierter werden. *Zweitens:* Die Streitkräfte verlieren nicht an politischer Bedeutung, sondern erfahren in der Übernahme neuer, nicht-traditionaler Rollen eine politische Aufwertung. *Drittens:* Die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Militär sind neu zu bestimmen, das heißt, das zivil-militärische Verhältnis und die demokratische Kontrolle von Streitkräften in multinationalen Operationen müssen auf eine neue Grundlage gestellt werden.